



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2012/10700**
Datum: 09.05.2012
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	30.05.2012	öffentlich Entscheidung
Kulturausschuss	04.07.2012	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	18.07.2012	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Anbringen einer Gedenktafel**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum September 2012 die Gedenktafel für Stadtverordnete von SPD und KPD, die im Kampf gegen Faschismus zwischen 1933 und 1945 ihr Leben lassen mussten, wieder im Foyer des Stadthauses anzubringen.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

Begründung:

Die o.g. Gedenktafel befand sich seit Mitte der 60iger Jahre im Foyer des Stadthauses und wurde nach den Renovierungsarbeiten im Stadthaus Mitte der 90iger Jahre nicht wieder angebracht.

Recherchen belegen, dass die Gedenktafel sich zurzeit im Stadtmuseum befindet.
Die Gedenktafel ist auch auf der Denkmalliste der Stadt Halle (Saale) aufgeführt.

Sitzung des Stadtrates am 30.05.2012

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Anbringen einer Gedenktafel

Vorlage: V/2012/10700

TOP: 7.1

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Die Gedenktafel mit der Aufschrift: „Den Stadtverordneten zum Gedenken die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben lassen mussten: Ernst Eckstein KPD 1876 -1945 Otto Kilian KPD 1879 -1945 Emil Lange SPD 1891-1945 Kurt Taatz SPD 1891-1945 Kurt Wabbel KPD 1901-1944“, die vom 7. Oktober 1965 bis Anfang der neunziger Jahre an der Wandfläche zwischen dem Kleinem Saal und dem Standesamt angebracht war (etwa an dem Platz, an dem seit 2006 der Bildteppich von Frau Riebesel hängt), befindet sich gegenwärtig in Depot des Stadtmuseums. Sie ist Bestandteil des Denkmalverzeichnisses Sachsen-Anhalt, Stadt Halle (Saale).

Im Zusammenhang mit einer Anfrage im Kulturausschuss am 30.11.2011 nach dem Verbleib der Tafel wurde der Kulturausschuss über den derzeitigen Unterbringungsort der Tafel informiert und darauf hingewiesen, dass vor der Wiederanbringung recherchiert werden sollte, ob die Benannten alle Stadtverordneten waren, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben lassen mussten.

Die umfangreiche Recherche des Stadtarchivs hat ergeben, dass ein weiterer Stadtverordneter sein Leben durch Verfolgung während des NS-Regimes verloren hat. Es handelt sich dabei um Prof. Ernst Grünfeld, Lehrstuhlinhaber für Genossenschaftswesen an der hallischen Universität, der am 4. September 1931 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Halle wurde.

In der Recherche heißt es: „Der am 12. März 1933 neu gewählten Stadtverordnetenversammlung gehörte Grünfeld nicht mehr an. Aufgrund seines jüdischen Bekenntnisses wurde Ernst Grünfeld im Mai 1933 als Dozent beurlaubt und im September 1933 entlassen. Er siedelte nach Berlin über, wo er zuletzt in der Bregenzer Straße 3 in Wilmersdorf wohnhaft war. Vor dem Hintergrund der erlittenen Diskriminierung, so zuletzt dem Entzug einer nichtjüdischen Adoptivtochter wählte Ernst Grünfeld am 10. Mai 1938 als letzten Ausweg den Suizid.“

Neben Dokumenten des Stadtarchivs ist Ernst Grünfelds Weg und Verfolgung durch Archivalien des Universitätsarchiv der Martin-Luther-Universität und des Landesarchivs Berlin belegt...

Es wird deshalb empfohlen, eine neue Erinnerungstafel anfertigen zu lassen, die allen Stadtverordneten, die während der Zeit des NS-Regimes zu Tode gekommen sind, gleichberechtigt gedenkt. Die historische Gedenktafel sollte als Zeitdokument im Stadtmuseum Halle verbleiben.